

# Die Gewerkschaft.

Organ für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Verlag, Expedition und Redaktion:  
**Berlin W. 57, Bülowstr. 21.**  
 — Telephone: Amt 9, Nr. 6488. —  
**Die Gewerkschaft erscheint alle 14 Tage Freitags.**  
 Redaktionschluss:  
 8 Tage vor dem Erscheinen.

**Motto:**  
**Staats- und Gemeinde-Betriebe**  
**sollen Musterinstitute sein.**

**Bezugspreise.**  
 Durch die Post (Zeitungspreisliste Nr. 3164) ohne Bestellgeld  
 0,80 Mk. vierteljährlich, unter Streifenband 1,00 Mk. Einzel-  
 Nummer 0,20 Mk.

**Anzeigen.**  
 Die dreigespaltene Zeitspalt 30 Pfg.; bei Wiederholung billiger;  
 für die Organisationen der Gemeinde- und Staatsarbeiter 15 Pfg.

Nr. 10.

Berlin, den 15. Mai 1903.

7. Jahrg.

## Achtung, Verbandskollegen!

Der Verbandstag hat den Unterzeichneten zum Geschäftsführenden Vorsitzenden und den Kollegen **G. Ahmann** zum Kassierer gewählt.  
 Alle Zuschriften für den Verbands-Vorstand sind aber zukünftig an **Dr. Voerich, Berlin W. 57, Bülowstraße 21**, und alle Geldsendungen an **G. Ahmann, Berlin W. 57, Bülowstraße 21**, zu richten.  
 Sämtliche Zuschriften für die „Gewerkschaft“ gehen vorläufig an **H. Mohs, Berlin W. 57, Bülowstraße 21**.  
 Wir bitten um genaue Beachtung der obigen Adressen.

Für den Verbands-Vorstand:  
**Dr. Voerich.**

## An die Mitglieder!

In Gemäßheit des Beschlusses der Generalversammlung (Verlegung des Verbands-Ausschusses nach Hamburg) und des § 8 der Statuten ist seitens der Filiale Hamburg die Wahl des Ausschusses vollzogen. Als Ausschuhsvorsitzender amtiert der Kollege **Schönberg, Al. Schäferkamp 16 B I**, und sind für den Verbands-Ausschuss bestimmten Zuschriften denselben zu richten.

Mit kollegialem Gruß

Hamburg, den 4. Mai 1903.

Der Verbands-Ausschuss.

## Die städtischen Arbeiter und die Reichstagswahlen.

Nur noch wenige Wochen trennen uns von den Neuwahlen zum deutschen Reichstag. Am 3. Juni sollen die Wahlbezirke geschlagen werden. Die Wogen der Wahlbewegung gehen über zur Zeit schon ziemlich hoch. Alle Interessengruppen rühren sich. Eine Frage möchte ihre Vortheile am meisten gewahrt und zur Geltung gebracht wissen. Und aus dem Grunde entbrennen all diese vielen Kämpfe um den Besitzstand der Mandate.

Reim Lesen dieser Zeilen werden sich nun die ganze Anzahl Kollegen fragen: ja was haben wir denn als städtische Arbeiter, was haben wir gewerkschaftliche Organisation mit den Wahlen zu tun? Wir können und dürfen uns doch organisatorisches Ganzes nicht mit öffentlichen Angelegenheiten und mit Politik beschäftigen. Das verbietet uns das Gesetz. Außerdem sollen wir ja auch eine neutrale Gewerkschaft sein und deshalb sollen wir uns gleichfalls nicht um solche Dinge kümmern.

Diese Einwände finden wir auch begründlich. Ist aber hiermit zu eine ganz eigene Sache. Die Politik schleicht sich eben ungerufen in jede wirtschaftliche Organisation ein. Wird z. B. in Vereinsammlungen irgendeine Stellung zu Gesetzen oder Gesegentwürfen genommen, so spielt diese juristische Interpretationskunst, in's politische Wasser hinüber, da eben alles als politisch achtet wird, was sich auf die Abhängigkeiten des Staates und der Gemeinde, deren Gesetz-

gebung und Verwaltung bezieht. Will man jedoch dem Gesetze Geltung verschaffen und bedient man sich dabei ebenfalls des Nachdruckes der Organisation, so gilt dies, weil ein persönlicher Vortheil dabei herauspringt, als gewerkschaftlich. Bestimmtere Grenzen zwischen wirtschaftlichen und politischen Interessen vermag selbst der feinsten Jurist nicht zu ziehen, denn durch politische Kämpfe werden oft genug wirtschaftliche Interessen gewahrt und ebenso umgekehrt.

Die Meinungen darüber, ob und in wie weit die Verbannung der Politik aus den wirtschaftlichen Organisationen bestimmter Interessengruppen möglich ist, gehen deshalb weit auseinander. Zeit steht mir, daß in den wirtschaftlichen Vereinigungen der Unternehmer und allen denselben verwandten Vereinen stets Politik getrieben wird, während man den Arbeitern nicht gestattet, desgleichen in ihren Verbänden zu thun. Verschiedene freie Gewerkschaften haben dem auch erklärt, daß sie als Organisation keiner parteipolitischen Richtung angehören, sie wollen nur Interessenpolitik betreiben und ihren Mitgliedern ein besseres Dasein verschaffen. Bei den Reichstagswahlen sowohl wie bei allen anderen Wahlen zum Landtag, Stadtverordnetenkollegium u. d. m. aber zu erwägen, wer vertritt die Interessen der Arbeiter. Darüber müßte allerdings die deutsche Arbeiterschaft im Allgemeinen und die städtischen Arbeiter im Besonderen schon längst im Klaren sein. Es müßte gar nicht erst noch langer Aufklärungsartikel bedürfen, um sie zu orientieren und an ihre Pflichten zu erinnern. Unsere verworrenen politischen Verhältnisse haben aber auch die Miete eines Theiles der Arbeiter getrieben. Verschiedene Gantlerfraktionen bürgerlicher Elemente haben eine nicht zu unterschätzende Anzahl Proletarier in den Wahlen gemiegt, daß die Unterdrückung und das Darben der Massen kein müßig und dies schon immer so gewesen sei. Die Art Leute betrachten daher oftmals starke wirtschaftliche Schädigungen als große Wohlthaten und verfahren dann bei Wahlen nach dem bekannten bürgerlichen Rezept: „Weiß Brod ich eß, daß Vied ich sing!“ (Es ist deshalb wohl notwendig, diese Menschen aus ihrer lethargie und ihren Anmüthen herauszureißen und sie davon zu überzeugen, daß auch sie berechtigt sind, ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Die Arbeiterschaft, die da unter vielen Mühen und Plagen im Schweiße ihres Angesichts ihren Lebensunterhalt erwerben muß, muß eben versuchen, sich ein besseres Loos zu verschaffen. Dazu kann es jedoch nur kommen, wenn das Heer der Proletarier in wirtschaftlichen Dingen eine große Macht bildet und mehr Einfluß gewinnt, wenn sie sich um die Hebung ihrer Lage selbst kümmern, denn freiwillig geben ihnen die bezüglichen Massen nichts.)

Zur Erreichung größeren Einflusses und zur Entfaltung mächtiger Arbeiterorganisationen gehört aber ohne Zweifel eine größere Bewegungsfreiheit des Proletariats. Es müssen ihm mehr und erweitere Rechte eingeräumt werden. Die Koalitionsfreiheit muß wirklich unbeschränkt und das Verbandsrecht thatsächlich frei sein. Die Kritik-

der Arbeiterschaft darf nicht bloß scheinbar, sondern muß in Wirklichkeit bis ins hohe Alter geübt sein. Dies ist allerdings nur denkbar, wenn ausreichende Arbeitererziehungsvorrichtungen vorhanden sind. Da nun diese vom Reichstag gemacht werden, so haben auch die städtischen Arbeiter ein Interesse an dem Ausfall der Reichstagswahlen.

Ist doch die Kritik der städtischen Arbeiter keineswegs so roßig, daß sie auf ihre eigene Hilfe verzichten können. Sie müssen deshalb, ebenso wie alle anderen wirtschaftlichen Interessengruppen, die Zusammenlegung des künftigen Reichstages zu beeinflussen suchen, und das ist möglich, wenn auch sie sich rege an der Wahl beteiligen.

Sehen wir uns nun die Parteien im Reiche etwas genauer an, so zeigt sich uns, daß bei denselben durchgängig wirtschaftliche Interessen maßgebend sind. Jede Partei stellt gewisse Maßstäbe eine wirtschaftliche Interessengruppe dar. Die Konservativen vertreten die Interessen von Adel und Großgrundbesitz, die Reichspartei die Großindustriellen, welche mit dem Staat große Geschäfte abschließen, z. B. die am Bau von Kriegsschiffen, an der Lieferung von Panzerplatten, Kanonen und Ausrüstungsgegenständen aller Art zu Seereszwecken interessiert sind. Die Nationalliberalen und Freiwillichen aller Schattierungen verteidigen die Interessen der Industrie-Parone, mit dem Unterschied, daß Erstere mehr schutzjöllnerisch, Letztere dagegen mehr freihändlerisch veranlagt sind. Das Zentrum ist seinem Wesen nach konservativ. In Folge dessen nimmt es in erster Linie die Interessen von Adel und Großgrundbesitz wahr, außerdem nennt es sich die Partei des Mittelstandes und schwärmt für Annahmen. Seine Anhänger rekrutieren sich aus dem katholischen Element aller Volksschichten. Deshalb ist es auch gezwungen, auf die Wünsche der Arbeiterschaft einigermaßen Rücksicht zu nehmen, wo aber die Interessen von Großgrundbesitz, Unternehmertum u. d. m. den Arbeiterinteressen widersprechen, hat das Zentrum die Arbeiter noch stets in Stich gelassen. Als reine Arbeiterpartei, die unter allen Umständen die Interessen der Arbeiter vertritt, kommt in Deutschland nur die Sozialdemokratie in Betracht, die beiläufig bemerkt, die stärkste Stimmenzahl aller deutschen politischen Parteien auf sich vereinigt.

Der Umstand nun, daß die politischen Parteien weiter nichts sind, als wirtschaftliche Interessengruppen, hat es mit sich gebracht, daß die politischen Unternehmernparteien mit frivoler Hand in das gewerkschaftliche Gebiet eingriffen und es zum Gegenstand gesetzgeberischer Maßnahmen machten, und zwar nur zu dem Zweck, die Ausübung jeder gewerkschaftlichen Thätigkeit der Arbeiter unmöglich zu machen. Es sei mir an die glücklicherweise zu Fall gebrachten Judhausvorlage erinnert.

Die Unternehmernparteien und ihre Handlanger wollen aber den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter illusorisch machen, sie wollen sie unter ihre Fuchtel bringen, damit sie ihnen die Lohn und Arbeitsverhältnisse diktiert können. Die Führer sollen mundtot gemacht und die Gewerkschaftspresse lahmgelegt werden, auf daß die vielen Mißstände in den Betrieben und die Magerheit

der Arbeiter nicht mehr an die Öffentlichkeit kommen sollen.

Schon oft haben wir gelesen, daß den Herren Vorgesetzten städtischer Werke „Die Gewerkschaft“ und unsere Organisation ein Dorn im Auge war, weil sie frank und frei die Interessen der Kollegen vertreten. Der Kampf gegen unseren Verband ist nach dem Vorwärtigen ja auch erklärlich. Wir dürfen deshalb nicht thätlos zusehen, wenn die Grundsätze unserer Institutionen, die zur Verbesserung der Lage der Kollegen beitragen, beeinträchtigt oder zum Teil ganz vernichtet werden soll. Es erwacht für uns daher die Pflicht, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nur solche Kandidaten zu wählen, die auch unsere Interessen voll und ganz wahrnehmen.

Nach all dem Gesagten müssen die von uns zu wählenden resp. zu unterstützenden Kandidaten für den Reichstag sich auf folgende Forderungen verpflichten: Durchführung der unbeschränkten Koalitionsfreiheit, volle Pressefreiheit, Schutz vor schrankenloser und willkürlicher Ausbeutung der Arbeitskraft, Festsetzung eines Normalarbeitstages für Erwachsene, Schutz des Kranken und Kindern des Proletariats, ausreichende Hilfe den Kranken, Arbeitsunfähigen, Arbeitslosen und auf dem Schlachtfeld der Arbeit Vermöglichen, sowie überhaup Durchführung einer durchgreifenden Sozialgesetzgebung. Ferner wäre zu verlangen: Vertheilung der Steuerlasten nach der Kraft und dem Reiz des Einzelnen und nicht, wie heute üblich, Aufbürdung der größten Steuerlasten, der indirekten Steuern, auf die Schultern der wirtschaftlich Schwachen. Wahrung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes und eines jeden Vereins und Versammlungsrechtes.

Die Auswahl der Kandidaten kann dem Einzelnen, nach Lage der Dinge und nach den vielen Großthaten bürgerlicher Parteien, vor Allen auch des Arentums in den städtischen Kollegen, nicht schwer fallen. Sieht es doch zur Zeit nur eine Partei, die es mit der Vertretung der Interessen der Arbeiter wirklich ernst meint und darum muß es auch unsere Aufgabe sein, diesen Kandidaten an allen Orten zum Siege zu verhelfen, damit die Arbeiterpartei mit noch größerer Stärke wie bisher ins Parlament einzieht.

Wo auf zur Wahl ihr städtischen Arbeiter, thut ein Jeder seine Pflicht, freist Gutz Verhärge ab und treibt Agitation für die Sache des arbeitenden Volkes!

### Kongresse und Verbandstage.

(Schluß.)

Die **Glafer** (Verband der Glafer und verwandter Berufsgenossen) hielten ihren 10. Verbandstag Eltern in Leipzig ab. Die Einführung einer Kranken- und Sterbeunterstützung wurde abgelehnt. Dagegen wurde die Arbeitslosen-Unterstützung abgelehnt nach folgender Skala:

52 Wochen wöchentl. 6 Mk. f. d. Dauer von 4 Wochen,	7	5
104	7	5
156	8	6
210	9	7
520	10	8
für Ledige nach einer Mitgliedschaft von		
104 Wochen wöchentl. 6 Mk. f. d. Dauer von 4 Wochen,	7	5
156	7	5
210	8	6
520	9	7
572	10	8

Die **Zimmerer**, die zu gleicher Zeit mit den Maurern in Berlin tagten, schloßen mit 33 gegen 34 Stimmen die Arbeiterkonvention ab. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, bis zur nächsten Generalversammlung weiteres Material zur Arbeitslosenunterstützung zu beschaffen und die Idee derselben ausgearbeitet zu propagieren. Ebenfalls abgelehnt wurde die Einführung der Kranken- und Sterbeunterstützung. Der Zentralvorstand wurde beauftragt, Schritte zu unternehmen zwecks Verwirklichung der Zentralrentenkasse mit dem Verband. Die Beitragsfrage wurde so geregelt, daß bei einem Stundenlohn von 30 Pf. ein Beitrag von 20 Pf., bei 10 Pf. 25 Pf., bei 30 Pf. 30 Pf. und bei einem Stundenlohn von über 50 Pf. ein Beitrag von 35 Pf. zu erheben ist. Die lokalen Jurisdiktionen sollen so bemessen sein, daß sie mit dem Verbandsbeitrag zusammen mindestens einen Stundenlohn ausmachen. Der Verbandsverband wurde beauftragt, Vertrauensmänner (Saulleiter) auf Kosten des Verbandes anzustellen. Die Streit, Keine und Gemeinregulierten Unterstützung wurde wesentlich verbessert. Es wurde beschlossen, für größere Lohnbezüge nur eine Verbandszahlstelle zu gestalten. Der bisherige Zentralvorstand mit dem Sitz in Hamburg wurde wieder

gewählt und die Gehälter der angeestellten Vorstandsmitglieder nach den Anregungen des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses geregelt. Anfangsgehalt 2000 Mk., jährliche Steigerung um 100 Mk. bis 2500 Mk., dann jährliche Steigerung um 50 Mk. bis 3000 Mk.

Die dritte Generalversammlung des Verbandes der **Sandels-, Transport- und Verfahrarbeiter** wurde in der Zeit vom 10. bis 16. April in Hamburg abgehalten. Auf derselben wurde als Mitgliedsbeitrag die Zahl 20912 angegeben. Die Einführung von besoldeten Saulleitern bezeichnete man als vortheilhaft für den Verband. Das wöchentliche Erscheinen des Nachorgans wurde abgelehnt und Stellung gegen die paritätischen Arbeitsnachweise genommen. Für die Taktik bei Lohnbewegungen gab man bestimmte Vorschriften. An die Reichsbehörde soll betr. Einführung eines 10-tägigen Normalarbeitstages und sonstiger Schutzvorschriften für Leben und Gesundheit der Arbeiter petitionirt werden. Der Verband führte ferner die Krankenunterstützung ein: örtliche Kranken-, Sterbe- und Vergütungskassen sollen sich zu Gunsten der Verbandskasse aufheben. Auf die Fortbildung der Mitglieder soll größere Aufmerksamkeit gelegt und für Bildungszwecke aus örtlichen Fonds mehr Mittel ausgeworfen werden. Die Beiträge für männliche Mitglieder werden auf 30 Pf. und für weibliche Mitglieder auf 20 Pf. normirt. Die Verbandsbeamten ausschließlich der angeestellten Einfassierer erhalten Anfangsgehälter von 1800 Mk., die jährlich um 60 Mk. bis zur Höchstgrenze von 2400 Mk. steigen. Das Gehalt der Einfassierer beträgt 1650 bis 2250 Mk. Bevollmächtigte, Saubevollmächtigte, Geschäftsführer und Redakteur erhalten jährlich je 150 Mk., der Verbandsvorsitzende 200 Mk. als besondere Vergütung. Die Kassier Mantelgeld von 1/2 bis 1 pro Wille. Die Beamten haben eine Kündigungsfrist von 3 Monaten, sie erhalten jährlich 14 Tage Urlaub, werden bei der Unterstützungsvereinbarung vertheilt, wozu der Verband die Hälfte der Beiträge leistet. Der Sitz des Vorstandes verbleibt in Berlin. Die nächste Generalversammlung findet 1905 in Mainz statt.

Der Verband der **Vergoldter** führte auf seiner in der Osterwoche in München abgehaltenen Generalversammlung die Arbeitslosenunterstützung ein. Diefelbe soll auf die Dauer von sechs Wochen im Jahre im Höchstfall betragen: nach 22 wöchentlich Mitgliedschaft pro Woche 750 Mk., nach 104 wöchentlich Mitgliedschaft pro Woche 9 Mk., nach 156 wöchentlich Mitgliedschaft pro Woche 10,50 Mk. In der Reichsunterstützung wurden einige Abänderungen getroffen. Der Beitrag ist für männliche Mitglieder auf 10 Pf. und für weibliche auf 20 Pf. normirt. In Bezug auf das Anwesenheitsverbot und die Heimarbeit wurde eine Resolution beschloßen, die sich für energische Bekämpfung dieser Verhältnisse ausspricht.

In Hamburg trat am 29. April die 3. Generalversammlung des **deutschen Zeemanns-Verbandes** zusammen. Aus dem Vorkriegsbericht ging hervor, daß die deutsche Kloberei eine wahrhaftige Heberproduktion betrieben hat, was verminderte Arbeit gelassen, Sinken der Frachtraten und einen Zustrom von unbefahrenen Elementen aus dem Binnenlande nach den Häfenorten zur Folge hatte. Die deutsche Handelsmarine zählte 1901: 3553 Schiffe mit 143317 H. K. Z. Raummacht, 1902 dagegen 3659 Schiffe mit 202207 H. K. Z. Raummacht, und nur auf letztere kommt es hierbei an. Die Einrichtung einer Unterstümmungskasse zur Schadloshaltung der Mitglieder im Falle des ganzen oder theilweisen Verlustes der besten in Folge von Schiffswrack, Kollision, Feuer oder elementaren Einwirkungen (Sturmen), wurde als zu Zeit undurchführbar abgelehnt. Der Verband zählt über 500 Mitglieder. Vorkommen wurde noch, den Thätigkeitsbericht des Verbandsvorstandes fällig als Vorkläre für vor der Generalversammlung erscheinen zu lassen. Den „Zeemann“ in dem bisherigen Format weiter herauszugeben, über alle Vorgänge in der Zeemann- und Nachbatter zu berichten, den Zeemannskalender dauernd herauszugeben und einen Verbandsnach dem Muster von Stadthagens Arbeiterrecht) über die Seemannsordnung und die Seemannsunterstützung herzustellen.

Die **Schmiede** tagten in der Osterwoche in Halle. Außer den üblichen Verhandlungen über den Geschäftsbericht, die Agitation, die Presse, die Taktik bei Streiks- und die Statuten wurde noch über die Einführung der Krankenunterstützung beraten, die Einführung derselben jedoch abgelehnt und dafür beschloßen, diese Sache durch Arbitration der Mitglieder zu erledigen.

Den besoldeten Beamten des Verbandes wurde aufgetragen, sich der Unterstützungsvereinbarung der in der modernen Arbeiterbewegung Angestellten anzuschließen. Der Verband zahlt hierzu die Hälfte der Beiträge.

### Verbandstheil.

Geschäftsführender Vorsitzender **Bruno Voerfl**, Berlin W. 57, Bülowstraße 21. Zweckmünden 11 Uhr Vormittag. Sonn- und Feiertags ist die Geschäftsstelle geschlossen.

Verbands Kassierer: **G. Ahmann**, Berlin W. 57, Bülowstr. 21.

Alle Korrespondenzen, die den Verbands-Vorstand betreffen, sind an den geschäftsführenden Vorsitzenden, alle Geselbungen für die Hauptkassa an den Verbandskassierer zu richten.

Geldsendungen für die „Gewerkschaft“ gehen an **Dr. Voerfl**, Vorsitzender des Ausschusses: **H. Zahnberg**, Hamburg, Al. Schäferkamp 16b 1.

Zur Rechnung: Die Kassen Postände werden hierdurch ersucht, an alle Reichstags- und städtische Betriebe je ein Exemplar unseres Geschäfts-

berichts in geeigneter Weise zu übermitteln. Zu diesem Zweck greifen wir deshalb, weil uns die Adressen der einzelnen Reichstags- und städtischen Betriebe über 25 000 Einwohner haben wir die Prospekt selbst zugesandt. Es bleibt den Adressaten also nur die Ausführung des vorbestimmten Wunsch- und hoffentlich, daß diese Anregung genügt, um unser Verlangen zu erfüllen.

Ferner ersuchen wir die Kollegen, bei allen Korrespondenzen u. i. w. ihre Adresse anzugeben, da dies sehr zur Erleichterung der Geschäfte beiträgt. Auch sind wir gewiss, heute darauf hinzuwirken, daß bei allen Lohnbewegungen resp. bei Stellung von Forderungen an die Behörden, uns unbedingt Mittheilung zu machen ist, damit wir nicht erst auf Umwegen dergleichen Dinge erfahren.

### Bekanntmachung.

Ausgeschlossen aus dem Verband wurde auf Grund des § 5 Absatz a der bisherigen Verbandsstatute N. Wong Mainz.

### Für den Verbands-Vorstand.

J. A. Dr. Voerfl.

Für die Hauptkassa gingen für das 1. Quartal 1905 bei Postekart ein: Berlin VIII 35,02 Mk., Nürnberg 25,25 Mk., Hamburg 1190,42 Mk., Mannheim I 26,45 Mk., Mannheim II 7,05 Mk., Berlin XV 66,30 Mk., Schmargendorf 28,10 Mk., Chemnitz 35,35 Mk., Lichtenberg 78,88 Mk., Berlin V 131,95 Mk., Rixdorf 43,88 Mk., München I 49,45 Mk., Mannheim V 110,10 Mk., Regal 90,70 Mk., Weiden 25,50 Mk., Berlin VI 117,08 Mk., Berlin V 2. Rate 30,75 Mk., Berlin IX 103,25 Mk., Stuttgart 540,83 Mk., Cassel 17,30 Mk., Göttingen 34,63 Mk., Gannstatt 30,83 Mk., Weißenmann gingen ein: Berlin IV 0,90 Mk., Schöneberg 7,72 Mk., Bon Einzelmitgliedern 6,75 Mk.

Ferner gingen bei Ahmann im April ein: An Rückzahlung von 2 in 2, 15, - Mk., Mitgliedsbuch Nr. 17 180 1,55 Mk., Mitgliedsbuch Nr. 17 479 1,45 Mk., Buch Nr. an Extramarken 2,50 Mk., Berlin VI Extramarken 1, - Mk., für einen Geschäftsbericht durch 2, 0,50 Mk., für ein Protokoll vom Gewerkschafts Kongress von 28 in 2, 0,20 Mk.

Für die ausgefertigten Gemeinbearbeiter in Holland: Berlin XI aus der Altkasse 30, - Mk. **G. Ahmann**, Hauptkassierer.

### Aus den Gemeinden.

In der Nr. 5 der „Gewerkschaft“ beidseitiger wir uns mit dem Verhalten einiger Berliner Krankenkassierer, die dem Verbande der Krankenpfleger und Krankenschwestern angeschlossen sind. In Folge dieser Haltung für sich eine Ausprägung zwischen den beiden fraglichen Parteien fällt. Es wurde konstatiert, daß an beiden Seiten Mißverständnisse vorliegen, die namentlich dadurch aus der Welt geschafft werden sollen, in dem auch die Krankenkassierer, welche dem Verbande der Krankenpfleger angeschlossen sind, bereit erklärten, eine neue Beitritt zur Errichtung eines Arbeiter Ausschusses zu unterzeichnen.

### Städtische Feuerwehreute als arbeitswillige Maler.

Aus Anlaß des vor etwa 8 Wochen ausgebrochenen Streiks der Maler in Königsberg hat sich der Magistrat der Stadt Königsberg bewegen gefühlt, Feuerwehreute als Streikbrecher zu zummandiren. Das gleiche Ziel hat er auch schon im vorigen Jahre beim Maurerstreik getrieben. Dabei soll unerbötlich Sandstauweise der Magistrat alles Vertrauen der Arbeiterkassen verliert, ist letztere nämlich. Zur Ausführung der nötigen Malerarbeiten hätte der Magistrat doch sicherlich genug amständliche Malermeister gefunden, welche die Anforderungen der Streikenden schon bewilligt haben. Die meisten Stadtväter scheinen aber offenbar mehr in Unternehmerrisikums wie in Arbeiterfürsorge und Schlichtung der Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern machen zu wollen. Es ist deshalb wohl an der Zeit diesen Herren städtischen Organisationen der Arbeiter entgegenzutreten, die auch im Stande sind, ihre Wünsche den Stadtvätern gegenüber mit größerem Nachdruck zu vertreten. Wie jetzt berichtet wird, ist der Streik nach achtwöchentlicher Dauer durch einen Vergleich vor der Einigungsamt beendet worden.

### Betriebsomstünde im städtischen Schlachthof zu Wülheim.

Das Organ der Maschinen- und Viehbesitzer, welche schlecht zu den Worten, daß die städtische Schlachthof seien, paßten. In einer am 22. März stattfindenden öffentlichen Versammlung der Maschinen- und Viehbesitzer wurde besonders über die Betriebsomstünde geklagt. Ein Kollege wurde Anfang vorigen Jahres dort angestellt mit der Verpflichtung, daß er auch den Winter über Beschäftigung hätte. Er doch war 3 Mk. pro Tag bei einer Arbeitszeit von 1 bis 1 1/2 Stunden. Später sollte er 3,50 Mk. erhalten. Die Herren dort scheinen nun sehr unzufrieden zu sein. Nicht genug, daß man den Kollegen mit der Vohrerhöhung hintritt bis zum Winter, sondern man fürchte ihn, als die Sommerzeit zu Ende war, er gegen dem Verwehren, auch die Arbeit wahr 5 d. Winters zu behalten. Im Winterhalbjahr wird d. Maschinenpersonal von 1 auf 2 Mann herabgesetzt. Ein schöner Zug städtischer Arbeiterfürsorge: den Vohrerhöhung im Winter die Zahl vor die Thür zu setzen. Ein Kollege beschwerte sich darüber mit dem Hinweis, daß das Betriebsomstünde beim Viehbesitzer, und namentlich im und Beschwerden erbielt er den Bescheid, daß er bleiben konnte. Er arbeitete nun 3 1/2 1/2

in der Woche und erhielt hierfür den hohen Lohn von 3,50 Mk. pro Woche. Die Verwaltung war wohl der Meinung, der Kollege würde von selbst seiner Wege gehen: da derselbe schon bei Jahren ist, so setzte er es durch, zumal ihm versprochen war, zu Anfang der Saison solle er 3,50 Mk. erhalten. Er erhielt diesen Lohn auch eine zeitlang. Inzwischen fingen nun zwei neue Geizer an mit einem Anfangslohn von 3 Mk. und der Versicherung, daß nach einigen Wochen der Lohn auf 3,50 Mk. erhöht würde. Der vorerwähnte Kollege erhielt ein Schreiben von der Verwaltung, worin ihm mitgeteilt wurde, daß sein Lohn auf 3 Mk. herabgesetzt würde, da es dem Herrn Direktor nicht möglich sei, mehr zu zahlen, und wenn ihm pro Tag 3,50 Mk. gezahlt würde, die anderen auch so viel haben wollten, und dafür reiche der Etat nicht. Der Kollege war hiermit nicht einverstanden und kündigte. Da die anderen Kollegen nach Rücksprache mit dem Direktor die versprochenen 3,50 Mk. gleichfalls nicht erhielten, so kündigten auch sie. Der Maschinenist in diesem Mühlbetrieb muß jede Schicht 13 1/2 Jüge Eis machen. Während dieser Zeit muß der Geizer Keisel und Maschine bedienen, und das bei einem Stundenlohn von 26 2/3 Pf. Für die schwere, verantwortliche und gefährliche Arbeit, welche in unserm Werke ist, sind diese erbärmliche Löhne. Der Direktor soll erst kürzlich eine Gehalts-erhöhung von 500 Mk. erhalten haben. Die Herren am grünen Tisch sollten einmal überdenken, mit den horrenden Löhnen des Maschinenpersonals auszukommen. Die Mühlweimer Stadterwaltung auch fragen wir, ob sie hieron Kenntnis hat und was sie zu thun gedenkt, um diesen einem häßlichen Betriebe unwürdigen Zuständen abzuheben.

Hieraus erhebt man wieder recht deutlich, wie notwendig die gewerkschaftliche Organisation der städtischen Arbeiter ist, damit sie sich durch dieselbe bessere Verhältnisse erringen können, denn freiwillig schaffen ja die Stadtväter doch keine anderen Zustände.

**Wozu Geld vorhanden ist!** Auf dem Bremer Gaswerk sollen jetzt, wie die Bremer Bürger Zeitung berichtet, 20 Retorten ausgebaut werden. Im Bericht des Direktors heißt es hierüber:

Die 20 Efen wurden in der Zeit von Dezember 1900 bis Juni 1901 durch die Zettiner Zementfabrik A. G. vorm. Tidder erbaut und, nachdem während der Sommermonate das Manerwerk auf ausserordentlichem, am 3. September angehebt. Das Manerwerk geschah in sorgfältiger Weise und nur ganz allmählich, damit eine gleichmäßige Erwärmung des Zementens gewährleistet war. Es lag in der Absicht der Verwaltung, die ersten Efen Mitte November in Betrieb zu nehmen und dann durch allmähliche Auber-richtnahme weiterer Efen den gesamteten Fabrikations-betrieb bis zur Hauptproduktionszeit vom alten zum neuen Gaswerk überzuführen. Als nun die Efen auf eine höhere Temperatur erhitzt wurden, zerbrachen in der Nacht vom 12. auf den 13. November bei beiden Efenböden eine Anzahl der Ankerplatten der Zuganker, welche das Manerwerk oben in der Zängsrichtung zusammenhielten und an je einem Paar lotrechter Ankerachsen von 32 cm hohem 1-Profil angriffen. Infolge dieses Unfalles mußte die Anbetriebnahme der Efen bis zum 27. November hinausgeschoben werden, an welchem Tage die ersten vier Efen mit Kohle beheizt wurden. Die Leistung der Efen blieb von Anfang an wesentlich hinter den Erwartungen zurück, was jedoch zunächst nicht befremdlich erschien. Es trat jedoch auch nach einer längeren Betriebszeit keine wesentliche Steigerung der Tagesleistung der Efen ein, weil die Temperatur der letzteren, besonders im vorderen Theile der Retorten, nicht die zu einer genügenden Abtreibung der Kohle erforderliche Höhe erreichte. Die Leistung der Efen ging während ihrer ganzen bisherigen Betriebszeit nicht über 2700 cbm in 24 Stunden hinaus, abgesehen von einigen wenigen Tagen, an denen bei sechs stündiger Beschickung der Retorten, allerdings unter einem großen Aufwand an Kosten, eine Leistung von wenig über 3000 cbm erreicht wurde.

Mit der zunehmenden Zahl der Efenbetriebstage haben sich die Schäden an den Efen stetig gesteigert, so daß die Leistung derselben in einer außerordentlichen Weise zurückgegangen ist und zur Zeit bei Beschickung mit guter Gasstoffe nur noch 1700-1800 cbm in 24 Stunden beträgt. Der Verbrauch an Koks zur Unterfeuerung, der anfangs etwa 30 pCt. vom Ge- wichte der ausgetretenen Kohlen betrug, beträgt auch nach der Abänderung noch immer 22 1/2 pCt., so daß es angesichts dieser Thatfachen der geringen Gasaus- beute, der schlechten Leistung und der hohen Unter- feuerung — nicht mehr zweckmäßig ist, die Efen länger als irgend nötig in Betrieb zu erhalten.

Nachdem man nun schon mit dem Abbruch der Efen begonnen hat, sollen jetzt nach Einbruch der Stadterordneten und auf Empfehlung einer hierzu ge- wählten Kommission die Efen beibehalten und ver- sucht werden, dieselben doch noch im Betrieb zu er- halten und eventuell besser auszubauen. Es wird also noch mehr Geld mit diesen thörichten Grundrissen ver- pulvert werden. Wie Signa zeigt, kommen also ganz ansehnliche Summen in Verfall. Die Diett muß- los hinausgeschleudert werden, wenn es aber einmal heißt, den Arbeitern etwas bewilligen, ihnen vielleicht höhere Löhne zu geben, dann ist gewöhnlich kein Geld da.

**Sozialpolitik im Rürther Gaswerk!** Am hiesigen Gaswerk, in dem seit Mitte Juli vergangenen Jahres zuerst probeweise, dann demnächst der Drei Schicht- wechsell oder der Achtstundenbetrieb zur Anwendung kam, Retortenarbeiter eingeführt wurde, wurde seit dem 21. April auf Anordnung des Direktors ohne daß

die Kommission darüber berathen — ein Schritt nach rückwärts gemacht. Als der probeweise Drei-Schicht- wechsell zur Einführung gelangte, mußten 7 Mann erst- eines Obmannes 46 Retorten bedienen und damals schon äußerte sich eine Kommission, die vorstellig wurde, daß die Arbeit zu anstrengend sei. Man gab sich jedoch der Hoffnung hin, daß, wenn der Betrieb im Winter verhärtet wird, im Frühjahr, wenn er wieder nachläßt, da ja nicht mehr so viel Gas konsumirt wird, ein Mann mehr auf jede Schicht kommen würde. Doch geschieht! Der Arbeiter denkt und Herr Lindemann als Direktor lenkt. Am 21. April kam aus jeder Schicht ein Mann heraus, so daß nun auf 6 Mann 45 Retorten kommen (früher 46 Retorten und 7 Mann). Wenn man von Seite des Herrn Lindemann glaubt, man erspare dabei etwas, so ist diese Berechnung doch recht fabel- scheinig. Bedenkt man, daß durch diese Ueberanstrengung der Körper leichter erkrankt, laut Arbeitsordnung die Differenz zwischen Krankengeld ausgedrückt wird (bis zur höchsten Dauer von 6 Wochen), so wird das hier ersparte Geld in doppelter, wenn nicht dreifacher Weise auf der anderen Seite hinausgeworfen. Sollte man jedoch diesen Zeiten nicht Glauben schenken, so könnte eine Anfrage an die Mainzer Betriebskrankenkasse der Gasarbeiter nichts schaden, man wird von dort die Ant- wort erhalten, daß, seitdem dort der Achtstundenbetrieb mit dementsprechenden Fausen eingeführt ist (dort brauchen auch die Retortenarbeiter ihre Kohlen nicht selber holen, haben dementsprechende Rubenpausen), die Krankentage wie überhaupt Entkränkungen um 20 Proz. gefallen sind. Wenn die Retortenarbeiter sich vorläufig noch nicht gegen die Verachtbeihaltung gerührt haben, so liegt dies in der sanften Einführung der Arbeitsordnung, die seit dem 1. Januar 1903 in Kraft getreten. In derselben handelt ein Paragraph von Arbeiterausfällen, doch bis jetzt war noch keine Zeit dafür da, die Ge- schäftsordnung, die Bestimmungen der Arbeiterausfälle um. feitzulegen. Hoffen wir, daß diese noch in diesem Jahrhundert das Licht der Welt erblicken. Es wäre auch gut, wenn die Gas- und Wasserwerk-Kommission dem Herrn Direktor in nicht mißzuverstehender Weise sagen würde, daß er in Zukunft solche Reformen, die die Arbeiter beunruhigen, der Stadt nicht nur seinen Nutzen, sondern Mehrausgaben verursachen, zuerst der Kommission zur Beschlußfassung vorzulegen hat. — Zu- gleich erlauben wir uns an den Herrn ersten Bürger- meiter die Frage zu richten, ob ihm Anfangs Februar eine Eingabe zugegangen ist, die an die Kommission zur Ueberwachung der Arbeitsordnungen gerichtet war. Bis jetzt weiß noch kein Mitglied etwas davon. Sollte etwa die Eingabe unter einem Altbündel begraben sein? Auskunft wäre sehr erwünscht.

**Eine Lohnbewegung der Arbeiter der städtischen Gasanstalt in Nürnberg** soll, dem „Vorwärts“ zufolge, jetzt im Gange sein. Demnach fordern die Gasarbeiter: 25 pCt. Lohnerhöhung für Heberarbeiten, Nachschicht und Sonntagarbeit, Arbeits- schluss an den Vorabenden hoher Feiertage um 4 Uhr, Abschaffung der achtzehnhündigen Schicht im Feuer- haufe, anständigeres Benehmen der Vorarbeiter und Befechtung des Kocks, wenn die Kockschmelze in Be- trieb ist. Diese beziehenden Forderungen sind von anderen städtischen Verwaltungen und Privatunter- nehmen längst bewilligt. In der Nachbarschaft Nürnberg ist sogar schon seit längerer Zeit die Achtstundenschicht eingeführt, womit außerordentlich günstige Resultate erzielt wurden. Die Arbeiter unterbreiteten ihr Anliegen zunächst dem Direktor des Gaswerkes, der sich aber über die Heberschicht „Forderungen“ sehr mokirte und dies als eine „Herausforderung“ bezeichnete. Er ist wohl der Meinung, daß die Arbeiter unterthänig hätten bitten sollen. In einer Verammlung der zum größten Theil organisierten Gasarbeiter wurde ein- stimmig beschlossen, die Forderungen aufrecht zu er- halten und sie dem Magistrat vorzulegen.

**Vom Ausland.** Die Arbeiter der städti- schen Wasserleitung in Triest sind am 29. April in den Ausstand getreten, weil ihnen die Sonn- und Feiertage von der Direktion nicht als Arbeits- tage angerechnet werden. Der Bevölkerung wurde mitge- theilt, daß vorläufig keine Wasser-mangel Gefahr vor- liege, da die Reservoirs gefüllt seien. Heber dem Aus- gang dieser Bewegung fehlen vorläufig noch die fälligen Nachrichten.

Der Streik der Reinigungsarbeiter in Stockholm ist zu Gunsten der Streikenden beendet worden. Fast in allen Punkten wurden die Vorschläge der Arbeiter sowohl von den Privatunternehmen als auch von der städtischen Verwaltung anerkannt.

## Rundschaun.

**Unpolitische Kriegervereine.** Der Kriegerverein von Ahrensfelde (in der Umgebung von Berlin ge- legen) hat es auf eine Demonstration hin für noth- wendig befunden, sich mit unserem Verbands zu be- schäftigen und wäre allen Ernstes gewillt gewesen, die jetzigen Mitglieder aus dem Vereine auszuschließen, welche unserem Verbands angehören, wenn dies wirklich noch der Fall gewesen wäre. Um nun aber sicher zu gehen und ja genau zu wissen, ob diese Arbeiter auch noch Mitglieder unserer Organisation sind oder nicht, wandte sich der Schriftführer des Kriegervereins an den Vorsitzenden der betreffenden Filiale unseres Verbandes mit dem Ersuchen, ihm doch zu bestimmen, daß die fünf mit Namen angegebenen Vereinen nicht Mit- glieder unseres Verbandes seien, da diese sonst Schäden

haben würden. Dieser ganzen Manipulation liegt offenbar der Wille zu Grunde, uns, wenn es noch nötig gewesen wäre, die Mitglieder abwendig zu machen oder sie aus dem Kriegerverein auszuschließen. Die Tugendlichkeit dieser Herren und ihre Vethätigung auf allen möglichen und unmöglichen Gebieten wird hierdurch wieder einmal ins richtige Licht gesetzt. Auch ist durch dieses Vorkommniß zur Evidenz bewiesen, daß diese „unpolitischen“ Kriegervereine nicht blos Sozial- demokraten, sondern auch die gewerkschaftlich organi- sirten Arbeiter ausschließen wollen. Nebenfalls wieder eine Lehre mehr für alle denkenden Arbeiter und gleich- zeitig auch eine Warnung mehr, solchen Vereinen über- haupt nicht beizutreten.

**Die Resultate der Volkszählung in Deutsch- land** von 1900 sind jetzt überflüssig zusammengefaßt, veröffentlicht worden. Aus der Erhebung der Be- völkerung nach dem Alter ergibt sich, daß im produ- ktiven Alter von 15 bis zum 60. Lebensjahre 42.377.489 Personen = 57,4 pCt. stehen, während 19.614.822 Per- sonen = 26,8 pCt. dem Kindesalter (bis zum 15. Lebens- jahre) und 4.399.867 = 5,8 pCt. den Altersstufen über 60 Jahre angehören. Von den letzteren waren 1.241.551 über 70, 258.748 über 80, 9983 über 90 und 46 über 100 Jahre alt. Von den letzteren lebten 35 in Preußen (in Westpreußen 11, in Polen 10) (Eine Zusammen- stellung der wichtigsten Staaten des Auslandes ergibt, daß von 1000 Einwohnern über 90 Jahre alt sind in Frankreich 125, Schweden 119, Irland 109, Dänemark 102, Belgien 97, Schweiz 94, Ungarn und Nieder- lande 93, Italien 81, Japan 88, Oesterreich und Schot- land je 79, Deutschland 78, Ungarn 76, England 74, Ver. Staaten 65, Serbien 45 und Spanien 39.

## In die Vorstände der Filialen.

Bekanntlich haben die holländischen Arbeiter kürzlich einen schweren Kampf wegen der Erhat- tung ihres Koalitionsrechtes auszufechten gehabt, bei dem sie leider unterlegen sind.

Von Seiten unserer holländischen Bruder- organisation Bund niederländischer Gemeinde- arbeiter ist uns nun die Nachricht zugegangen, daß in Holland in Folge dieses Kampfes noch 900 städtische Arbeiter mit 1700 Fa- milienangehörigen ausgebeivert sind, die bittere Noth leiden. Unsere holländische Bruderorganisation erucht uns daher um Unter- stützung der Darlehen. Da die Verbandskasse in Folge der Ausgaben, welche der Verbandstag veranlaßt hat, sehr geschwächt ist, haben wir be- schlossen an die Filialen heranzutreten und diese um Vergabe von Geldern aus ihren Mitteln zu bitten resp. durch freiwillige Sammlungen etwas zur Unterstützung der Ausgebeiverten beizutragen. Wir senden Ihnen daher Sammelzettel und geben uns der Hoffnung hin, daß die Filialen nach besten Kräften ihre internationale Solidarität beizubringen werden.

Alle Geldsendungen sind an den neuen Ver- bandskassierer G. Bismann, Berlin W. 57, Bülowstr. 21, zu senden, von wo aus sie so- fort nach Holland übermittelt werden.

Für den Verbandsvorstand.  
Bruna Poerich.

## Vitterarisches.

**Von Meyer's Großem Konversations-Lexikon** erscheint in den nächsten Wochen der 3. Band der sechsten, gänzlich neu bearbeiteten und vermehrten Aus- lage. Dieses Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens umfaßt mehr als 148.000 Artikel und Berweisungen auf über 18.420 Seiten Text mit mehr als 11.000 Abbil- dungen, Karten und Plänen im Text und auf über 1400 Illustrationsplatten (darunter etwa 190 Farb- druckplatten und 130 selbständige Kartendrucke) sowie 130 Vertheilungen; 20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mk. (Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.)

**Wünsche für die Reichstagswahlen.** Buchhand- lung Vorwärts, Berlin, Preis 10 Pf. Porto 3 Pf. Bekanntlich wird diesmal nach einem neuen Verfahren gewählt. Die Wahlzettel sind in Taschenformat gehalten und bringt unter Verhüllung der vom Bundesrat beschlossenen Veränderungen die wichtigsten Bestimmungen des Wahlreglements sowie einen Auszug aus dem Wahlgesetz.

**Zeitung-A Fremdwörter und politische Schlag- worte.** Verden und erläutert von A. Volk- mann. Preis 25 Pf. Post. Porto. Verlag der Buch- handlung „Vorwärts“, Berlin, Ullmerstr. Der Verfasser hat die am häufigsten in der Tagespresse vorkommenden Fremdwörter und Schlagwörter zusammengefaßt und nach ihren Begriffen erläutert. Das Wort ist ein- gerichtet, daß das Buchlein bequem im Taschensackchen untergebracht werden kann. Damit es der Arbeiter stets zur Hand hat. Wir können deshalb nur den Vor- zug des Buchleins nur empfehlen.

**Die Gründung der deutschen Sozialdemokratie**, eine Festschrift der Leipziger Arbeiter zum 23. Mai 1903 (Verlag der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft). Der 23. Mai vor 40 Jahren ist der Gründungsstag des allern deutschen Arbeitervereins, von dem Tage an begann die deutsche sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Welch Stück Geschichte, nicht nur Partei, nein, Welt- bzw. Menschheitsgeschichte entrollt sich in diesen 40 Jahren! Man lese nur die Aufsätze „Aus dem Anfang der Arbeiterbewegung“ von H. Bebel, „Das Leipziger Zentral-Komitee und Ferd. Laßalle von Jul. Bahlsch“, „Die Leipziger Arbeiterbewegung 1862-1867“ von Franz Mehring, „Die Leipziger Arbeiterbewegung von 1868 bis 1878“ von Guis. Jacobi. Würdige eingeleitet wird diese Festschrift durch ein feines Gedicht „Der Tag der Tat“ von Clara Müller. Illustrativ ausgestattet ist die Festschrift durch ein Vollbild Ferd. Laßalles (nach einem noch nicht veröffentlichten Bildnis), in den Text gedruckte Porträts der anderen „Väter“ der Partei, sowie sonstige Erinnerungsblätter. Der Preis ist erstl. Porto 40 Pf.

**Christliche Arbeiterpflichten. Jesuitische Fragen und sozialdemokratische Antworten.** Eine in allgemein verständlicher Sprache verfaßte Gegenschrift gegen den von zwei hervorragenden Jesuiten verfaßten christlichen Arbeiter-Ratschismus. Preis 20 Pf. Porto 8 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

**Versammlungs-Anzeiger.**

Für alle die ihre Versammlungen regelmäßig an bestimmten Tagen abhalten, können dieselben unter dieser Rubrik bekannt geben. — Anzeigen können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.

**Berlin.** **Kombinierte Versammlungen** finden statt: am Dienstag den 28. Mai, 30. Juni, 4. August, 8. September, 18. Oktober und 17. November, in den Kaminzimmern, Kommandantenstr. 20.

**Berlin I.** **Kocher-Vereinigung** am 20. Mai, bei Hoffmann, Papestr. 3. **Bei** 20. **Jeden** 2. **Wochentag**.

**Berlin Ia.** **(Wohlfahrt-Vereinigung)** **Mittwochs-Versammlung** am 2. Juni, Abends 5 Uhr, bei Förster, Prenzlauer Allee, am Berlinberg.

**Berlin Ib.** **(Katholisch-Christliche)** 20. Mai, bei Wöhl, Schönhauserstr. 6, Abends 8 Uhr.

**Berlin II.** **(Katholisch-Christliche Arbeiter)** **Concubane**, den 30. Mai, bei Frau, Dragonerstraße 15, Abends halb 8 Uhr.

**Berlin III.** **Jeden** ersten Sonntag nach dem 15. des Monats **Borm**, 9 Uhr, bei Wöhl, Schönhauserstr. 26.

**Berlin IV.** **(Katholisch-Christliche Arbeiter)** **Jeden** Sonntag nach dem 15. des Monats bei Frau, Dragonerstr. 15, **Rachmings** halb 8 Uhr.

**Berlin VI.** **(Katholisch-Christliche Arbeiter)** **Jeden** Dienstag nach dem 15. des Monats bei Frau, Schönhauserstr. 26.

**Berlin VII.** **(Katholisch-Christliche Arbeiter)** **Jeden** Dienstag nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, bei Frau, Dragonerstr. 15.

**Berlin VIII.** **(Arbeiter des katholischen Arbeitervereins)** **Concubane** nach dem 15. des Monats, bei Frau, Schönhauserstr. 26.

**Berlin IX.** **(Arbeiter des katholischen Arbeitervereins)** **Jeden** Freitag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Schönhauserstr. 26.

**Berlin X.** **(Arbeiter des katholischen Arbeitervereins)** **Alle** Sonntage nach dem 15. des Monats, bei Frau, Schönhauserstr. 26.

**Berlin XI.** **(Katholisch-Christliche Arbeiter)** **Jeden** Sonntag nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, bei Frau, Schönhauserstr. 26.

**Berlin XII.** **(Katholisch-Christliche Arbeiter)** **Jeden** Sonntag nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, bei Frau, Schönhauserstr. 26.

**Berlin XIII.** **(Katholisch-Christliche Arbeiter)** **Jeden** Sonntag nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, bei Frau, Schönhauserstr. 26.

**Berlin XIV.** **(Katholisch-Christliche Arbeiter)** **Jeden** Sonntag nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, bei Frau, Schönhauserstr. 26.

**Berlin XV.** **(Katholisch-Christliche Arbeiter)** **Jeden** Sonntag nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, bei Frau, Schönhauserstr. 26.

**Berlin XVI.** **(Katholisch-Christliche Arbeiter)** **Jeden** Sonntag nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, bei Frau, Schönhauserstr. 26.

**Berlin XVII.** **(Katholisch-Christliche Arbeiter)** **Jeden** Sonntag nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, bei Frau, Schönhauserstr. 26.

**Berlin XVIII.** **(Katholisch-Christliche Arbeiter)** **Jeden** Sonntag nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, bei Frau, Schönhauserstr. 26.

**Berlin XIX.** **(Katholisch-Christliche Arbeiter)** **Jeden** Sonntag nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, bei Frau, Schönhauserstr. 26.

**Berlin XX.** **(Katholisch-Christliche Arbeiter)** **Jeden** Sonntag nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, bei Frau, Schönhauserstr. 26.

**Berlin XXI.** **(Katholisch-Christliche Arbeiter)** **Jeden** Sonntag nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, bei Frau, Schönhauserstr. 26.

**Berlin XXII.** **(Katholisch-Christliche Arbeiter)** **Jeden** Sonntag nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, bei Frau, Schönhauserstr. 26.

**Berlin XXIII.** **(Katholisch-Christliche Arbeiter)** **Jeden** Sonntag nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, bei Frau, Schönhauserstr. 26.

**Berlin XXIV.** **(Katholisch-Christliche Arbeiter)** **Jeden** Sonntag nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, bei Frau, Schönhauserstr. 26.

**Berlin XXV.** **(Katholisch-Christliche Arbeiter)** **Jeden** Sonntag nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, bei Frau, Schönhauserstr. 26.

**Berlin XXVI.** **(Katholisch-Christliche Arbeiter)** **Jeden** Sonntag nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, bei Frau, Schönhauserstr. 26.

**Berlin XXVII.** **(Katholisch-Christliche Arbeiter)** **Jeden** Sonntag nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, bei Frau, Schönhauserstr. 26.

**Berlin XXVIII.** **(Katholisch-Christliche Arbeiter)** **Jeden** Sonntag nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, bei Frau, Schönhauserstr. 26.

**Berlin XXIX.** **(Katholisch-Christliche Arbeiter)** **Jeden** Sonntag nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, bei Frau, Schönhauserstr. 26.

**Berlin XXX.** **(Katholisch-Christliche Arbeiter)** **Jeden** Sonntag nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, bei Frau, Schönhauserstr. 26.

**Andreas-Garten,**  
Berlin, Andreasstr. 26.  
**Franz Merkowski.**  
Empfehle den geehrten Vereinen, Gesellschaften und Freunden meine neugingerichteten, bis 200 Personen fassenden Lokalitäten. Mittagslich, ff. Getränke, gute Küche, Regelfahrt, gute saubere Betten.

**Zur Beachtung!**  
Auf dem Verbands-Sekretariat lagern noch eine Anzahl  
**Protokolle v. 4. deutschen Gewerkschaftskongress.**  
Dieselben sind gegen Zahlung von 20 Pf. exklusive Porto von uns zu beziehen und bitten wir, hieron noch Gebrauch zu machen.  
**Der Verbands-Vorstand.**

**Meyers Klassiker-Ausgaben.**  
Nützliche Geschenks- und Bibliothekswerke.  
Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.  
Aufwärtliche Prospekte kostenfrei.

Arbeitslehre	1 Bänd.	gebunden	2 Mk.
Arithmetik	1 Bänd.	gebunden	2 Mk.
Botanik	1 Bänd.	gebunden	2 Mk.
Chemie	1 Bänd.	gebunden	2 Mk.
Geometrie	1 Bänd.	gebunden	2 Mk.
Geschichte	1 Bänd.	gebunden	2 Mk.
Mathematik	1 Bänd.	gebunden	2 Mk.
Physik	1 Bänd.	gebunden	2 Mk.
Rechtswissenschaften	1 Bänd.	gebunden	2 Mk.
Religion	1 Bänd.	gebunden	2 Mk.
Statistik	1 Bänd.	gebunden	2 Mk.
Wissenschaften	1 Bänd.	gebunden	2 Mk.
Zoo	1 Bänd.	gebunden	2 Mk.

**Technikum Berlin.**  
Höhere Lehranstalt für Elektrotechnik und Maschinenbau-, Hochbau- und Bauingenieurwesen.  
Staatlich inspiziert.  
Tages- und Abendkurse.  
Holzmarktstr. 73. Berlin O. Alexanderstr. 20a  
Prospekte kostenlos.

**Empfehlenswerthe Litteratur:**  
**Dr. P. Wombert:** „Die deutschen Stadtgemeinden und ihre Arbeiter.“ Preis 6 Mk.  
**Dr. G. Allen:** „Minimallohn und Arbeiterbeamtenthum.“ Preis 6 Mk.  
**G. Legien:** „Anleitung zur Verengung des Vereins- und Versammlungsrechtes.“ Preis 0,35 Mk.  
**Dr. Voersch:** „Die Bewegung der städtischen Arbeiter vom Oktober 1896 bis Dezember 1899.“ Preis 10 Pf.  
**Dr. Voersch:** „Die Bewegung der städtischen Arbeiter. 1900 bis ultimo Dezember 1902.“ Preis 50 Pf. — Zu bez. d. Dr. Voersch, Berlin W. 57, Bülowstr. 21.

**Weltall und Menschheit**  
ca. 2000 schwarze und bunte Illustrationen, sowie zahlreiche Fotokopie-Belagen.  
Geschichte der Erforschung der Natur und der Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker  
von  
**Hans Kraemer**  
in Verbindung mit hervorragenden Fachmännern.  
**Reichillustriertes Prachtwerk**  
Komplett in 5 Bänden, Preis pro Bd. 16 Mk.  
= 19 Kr. 20 H. = 21 Frs. 35 Ctm.  
Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin W. 57.

**Schneider's Sessale,**  
Zäle bis 400 Personen fassend, mit Theaterbühne.  
Biere und Speisen bester Qualität.  
Um gütigen Zuspruch bitten

**Achtung! Filiale Berlin III. Achtung!**  
Die Kollegen werden ersucht, zu der am 17. Mai stattfindenden  
**Versammlung**  
recht zahlreich zu erscheinen, da unter Anderem auch der folgende Punkt auf der Tages-Ordnung steht:  
„Kandidaten-Auffstellung für die Erstämänner zum Arbeiter-Ausschuß.“  
**Der Vorstand.**

**Berlin XII. (Nördliche Nieselfelder.)**  
Sonntag, den 7. Juni, Nachm. 2 Uhr:  
**Große Versammlung**  
im Lokale der Ww. Künast in Hohen-Schönhausen.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag über den Zweck und Nutzen unserer Organisation. 2. Stellungnahme zur Nichtbeantwortung unserer Petition. 3. Verschiedenes.  
**Der Vorstand.**

**Achtung!**  
Am 12. April d. J. verstarb unser Verbandskollege  
**Hermann Krause.**  
Alle Kollegen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Mitglieder der Filiale Berlin 1b.

**Filiale München I.**  
**Achtung!**  
Nach längerem, schweren Leiden starb am 22. April unser treuer Verbandskollege  
**Martin Meyer.**  
Ehre seinem Andenken!  
**Der Filial-Vorstand.**

**Filiale Tegel.**  
**Lodes-Anzeige.**  
Am 10. Mai verstarb nach langem Leiden an der Proletarier Krankheit unser Kollege  
**Wilhelm Batschat.**  
Ehre seinem Andenken!  
**Der Filial-Vorstand.**

**Extrabelgaben in neuem System der Darstellung.**  
ca. 2000 schwarze und bunte Illustrationen, sowie zahlreiche Fotokopie-Belagen.  
Geschichte der Erforschung der Natur und der Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker  
von  
**Hans Kraemer**  
in Verbindung mit hervorragenden Fachmännern.  
**Reichillustriertes Prachtwerk**  
Komplett in 5 Bänden, Preis pro Bd. 16 Mk.  
= 19 Kr. 20 H. = 21 Frs. 35 Ctm.  
Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin W. 57.

# Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Nr. 10.

Berlin, den 15. Mai 1903.

7. Jahrg.

## Aufruf an die Kollegenschaft in Hamburg!

**Erwerb des Bürgerrechts**, so lautet die Parole. Es geht unter den organisierten Arbeitern Hamburgs um. Es lohnt sich daher wohl, wenn sich auch die städtischen resp. die Staatsarbeiter mehr um diese Sache kümmern. Haben doch die Staatsarbeiter als Steuerzahler eben so gut wie andere Interessengruppen das Recht, einen Einfluss auf die Verwaltung der Stadtgemeinde und des Staates auszuüben. Selbstverständlich werden sie hierbei nicht geindert, sondern nur in Gemeinschaft mit der übrigen organisierten Arbeiterkraft vorgehen. Wir schließen uns deshalb der Parole an und erwarten, daß die Kollegen sie ihnen zuteilenden Rechte erwerben und auch ausüben, um dadurch ihre Lage zu verbessern. Jeder Verbandskollege, der in den letzten fünf Jahren ein Einkommen von 1200 M. pro Jahr verzeichnete, hat die Pflicht, das Bürgerrecht zu erwerben.

Unbedingt nötig ist, daß jeder, der fünf Jahre lang ein Einkommen von 1200 M. verzeichnet hat, sofort das Bürgerrecht erwirbt; geschieht dies nicht so, so wird, wenn einmal fünf Jahre lang ein Jahresinkommen von 1200 M. verzeichnet ist, auch nur ein Jahr ein niedrigeres Einkommen verzeichnet, dann muß man mindestens wieder volle fünf Jahre warten, bis die Erwerbung dieses Rechts möglich wird.

Zum Erwerb des Staatsangehörigkeit in Hamburg sind folgende Papiere erforderlich: 1. Militärpapiere. 2. Weidbeschein. 3. Gewerbeschein oder Arbeitsbescheinigung des Arbeitgebers. 4. Die letzte Steueranmeldung. 5. Staatsangehörigkeits-Ausweis. 6. Weiratsurkunde. 7. Geburtschein des Mannes (nebst Weidbeschein). 8. Geburtschein der Frau (nebst Weidbeschein). 9. Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder. 10. Eventuell (bei Wiedererheirateten) Sterberunde der früheren Frau und Weiratsurkunde.

Zum Erwerb des Bürgerrechts in Hamburg sind an Papiere notwendig: 1. Militärpapiere. 2. Weidbeschein. 3. (Eventuell) Gewerbeschein. 4. Bescheinigung der Steuerbehörde, daß in den letzten fünf Jahren ein Einkommen von mindestens 1200 M. pro Jahr verzeichnet worden ist (kostenlos erhältlich bei der Steuerbehörde, Weidengasse 10). 5. Staatsangehörigkeits-Ausweis. (Durch Geburt Hamburgs Staatsangehörige bedürfen eines besonderen Staatsangehörigkeitsausweises nicht; sie können sich, aber nur zum Zwecke des Bürgererwerbs, ihre Staatsangehörigkeit von der Aufsichtsbehörde für Standesämter, Poststraße 19, bescheinigen lassen. 6. Weiratsurkunde. 7. Geburtschein.

Zu die Verorgung der zum Erwerb der Staatsangehörigkeit in Hamburg erforderlichen Ausweise häufig mit Schwierigkeiten und Zeitverhältnissen verbunden. Manchem daher fast unmöglich ist, so haben sich zur Erleichterung für die Interessenten nachstehend angeführte Personen zur teilweise unentgeltlichen Verorgung der Papiere erbötigt. Es sind zu diesem Zwecke zu sprechen, täglich zu jeder Tageszeit:

- D. Bürger, Verbandssekretär, Prennerstr. 4 pt.
- Joh. Appelhof, Schwabenstraße 54, Herm.
- Wittling, Nordstraße 5, Frig Brunschw.
- Wegberg 27, Joh. Weidert, Vangerang 41.
- V. Jahnke, Kraienkamp 12, R. Kisch, Mühleng.
- Kampstraße 1, G. Weidert, Fischerstr. 23, Peterstr.
- Bachstraße 12, M. Michaels, Peterskampweg 58.
- D. Lühr, Paulstraße 25, A. v. Schack, Wilh. Thorne.
- Röhrendamm 62, G. H. Köhling, Großmannstr. 79.
- G. Buchholz, Reismühle 15, R. W. Stille, Weidert.
- Zachstraße 4, R. Messerschmidt, Weidert.
- Vauchburgerstraße 3, täglich mit Ausnahme von Sonnabend und Sonntag: Wilhelm Peterien, Partstraße 2, G. Treuer, Mar.
- garethenstraße 48, U. Grünwaldt, Steindamm 99, 11.
- von Morgens 9 Uhr bis Abends 6 Uhr, Ferner: D. Lenz, Schillerstraße 35, 11, täglich von 12 bis 2 Uhr Mittags, G. D. Fisch, Vornlandstraße 25, Sonntag (ganzen Tag) und täglich Abends nach 7 1/2 Uhr, R. Rindorf, Weidertstraße 24, Dinterhaus, 1. Abends nach 7 Uhr.

Sind sämtliche Papiere beschafft, dann haben die Interessenten unter Vorlegung derselben persönlich bei der Aufsichtsbehörde für Standesämter, Poststraße 19, die betreffenden Anträge zu stellen, und zwar, mit Ausnahme von Donnerstagen und Sonnabenden, an jedem Werktag in der Zeit von Vormittags 10 bis Nachmittags 1 Uhr.

### Die beantragten Kollegen.

## Verfassungen.

**Berlin 1.** Unsere letzte regelmäßige Mitgliederversammlung wurde am 29. April d. J. bei Hoffmann, Palisadenstr. 3, abgehalten. Da der altbewährte Vorsitzende der Filiale, Adolf Guhn, durch den Tod aus

unserer Mitte geschieden ist, so wurde Kollege Hoffmann zum ersten Vorsitzenden gewählt. Hierauf wurden die Vertrauensleute und das Vergütungsamt ernannt. Den Bericht von der 3. ordentlichen Generalversammlung erstattete Kollege Tschum. Er führte unter anderem aus, daß durch das Eintreten des Verbandes schon viele Verbesserungen für die städtischen Arbeiter herbeigeführt worden seien, daß aber trotz alledem noch sehr viel getan werden müsse, um den Kollegen ein nur einigermaßen menschenwürdiges Dasein zu schaffen. In dieser Beziehung sei wohl für die nächsten Vorgehensschritte, während Berlin, die Stadt der Intelligenz, noch weit zurückstehe.

Der Vorsitzende geistete besonders, daß die Stadt Berlin ihre Erkundigungen über die Wirksamkeit geplanter Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gasarbeiter beim Direktor der Gasanstalt in Kottbus einhole, wo doch nur ein minimaler Betrieb mit 11 oder 12 Leuten vorhanden ist und deshalb die dortigen Erfahrungen mit Berliner Verhältnissen nicht immer in Vergleich gezogen werden können. Beim Punkt „Verdienen“ wurden dem Kassierer 20 M. zur Anschaffung einer Kaffeemaschine und 50 M. zum Wahlrechtsbewilligt, sowie auf die nächste kombinierte Versammlung verwiesen. Außerdem erhielt der Arbeiterausschuß den Auftrag, beim Direktor der Gasanstalt III vorstellig zu werden, um dadurch zu erreichen, daß den Sommerurlaubern der Beginn ihres Urlaubs acht Tage vorher bekannt gegeben und der Antrittstag des Urlaubs vom Montag auf Donnerstag verlegt wird. Die nächste Versammlung findet am 20. Mai und von da ab jeden dritten Mittwoch statt.

**Berlin 1b.** Wannigfache Mißstände in der städtischen Gasanstalt in der Gutlichstraße hatten die Kollegen bezogen, sich hierüber einmal in einer Versammlung auszusprechen. Diefelbe fand auch am Dienstag, den 5. Mai, bei Eröffnung in der Schönleinstr. statt. Vor allen Dingen beklagten sich die Arbeiter über die geradezu brutale Behandlung durch den Gasmeister Meyer. Einem Arbeiter, welcher infolge der kolossalen Anstrengung vor dem glühenden Ofen erkrankte und dies Montags meldete, begegnete der Herr mit dem kaum glaublichen Einwand, weshalb er dies nicht schon Sonnabends mitgeteilt habe, da er dann für entsprechenden Ersatz hätte sorgen können. Ueberaus traurig steht es ferner mit der Lieferung von Handflächen, welche die Betriebsleute gebrauchen, um sich nicht die Hände zu verbrennen. An Stelle derselben will man Lappen geben, jedenfalls um die horrenden Ausgaben dafür zu sparen. Trohen die Arbeiter mit Beschwerde beim Vorgesetzten, dann allerdings benehmen sich die unteren Vorlegten unter recht eigentümlichen Bemerkungen zur Herabsetzung der absolut notwendigen Materialien. Einem Arbeiter wurde auf sein Ersuchen um Handfläche der Weidert: „Sie alter Duffel wollen auch Handfläche haben?“ Der Polier Weidert selbst bekommt es fertig, um seinen Befehlen den richtigen Nachdruck zu verleihen, nämlich gegen die Arbeiter vorzugehen. So befahl er einem Hilfsarbeiter des Morgens beim Beginn der Arbeit die Ghaanotfälligkeiten in Ordnung zu bringen und dann die anderen Arbeiten zu verrichten. Eines Tages beliebte es dem Herrn zu fragen, weshalb denn noch kein Rauffe geflocht sei. Als nunmehr sich der Arbeiter dem Einmutter geistete, daß ihm aufgetragen sei, erst die Ratten zu besorgen, erhielt er einen Stoß über die Brust, daß er zurücktaumelte. Eine Beschwerde beim Vorgesetzten hatte den Erfolg, daß derselbe das Benehmen dieses „Vor-gelegten“ als vielleicht in der „Kage“ geüben entschuldigte und hinzusetzte, er sei wohl von den anderen aufgezwungen worden. Auch der Kontrolleur Meyer soll mit den Arbeitern umspringen, als wenn dieselben keine Menschen wären. Weiter wurde lebhaft darüber geklagt, daß man jetzt schon wieder dazu übergeht, durch Aussetzen den Arbeitern den gewiss nicht hohen Verdienst noch mehr zu schmälern. Hätte man auch nur im Geringsten die Absicht, den Leuten ein Entgelt zu zahlen, so könnte man dies ohne Kosten, indem man den von den städtischen Kollegen benötigten Urlaub einfach jetzt erteilen würde. Es gämbt aber immer mehr den Anschein, als wolle man mit aller Gewalt den Arbeitern die Macht fühlbar machen, daß sie auch als Bürger der Stadt die Lohnsklaven seien und als solche behandelt werden müßten. In scharfen Worten geistete Sekretär Schubert dieses Wesahren. Es sei nicht verwunderlich, wenn sich die Arbeiter dagegen wenden und diesen Zustand so rasch als möglich ändern wollten. Jedoch möchte er die Kollegen bitten, im Augenblick davon Abstand zu nehmen. Wir werden versuchen, den großen Unzufriedenheit von diesen Mißständen Kenntnis zu geben, wir wollen noch einmal versuchen, den Stadtverordneten und dem Magistrat das Unhaltbare einer solchen Behandlung vor Augen zu führen; sollte auf dieser Schritt vergebens sein, dann möge auf dieser Seite auch die Verantwortung getragen werden. Einmütig wurde folgende Resolution angenommen:

„In Anbetracht der geradezu gesundheitsgefährlichen und miserablen Zustände in den Berliner Gasanstalten fordert die heutige Versammlung der Berliner Ortsleitung auf, eine gemeinsame Versammlung der Gasanstalts-Arbeiter

Berlins und Umgegend einzuberufen, in welcher vernünftigen Forderungen bezüglich der Arbeitszeit und der Behandlung erhoben werden sollen. Die Ortsleitung wird weiter erachtet, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um gegebenenfalls diese absolut notwendigen Forderungen mit allen Mitteln durchzusetzen.“

Ein weiterer Antrag, eine Extrasteuer für diesen Zweck zu erheben, wurde gleichfalls einstimmig angenommen.

**Berlin 1c.** Eine Generalversammlung der Revisions-Arbeiter tagte am Donnerstag, den 23. April im „Kotenthaler Hof“. Beim 1. Punkt der Tagesordnung wurde die Quartalsabrechnung für Januar bis März d. J. gegeben. Einwendungen hiergegen machte keiner der Anwesenden. Aus der Wahl des Kassierers ging Kollege Kugel hervor. Der Punkt „Berichterstattung vom Verbandstag“ wurde zurückgestellt. Unter „Verdienen“ kam die Neuwahl des Vergütungsamtes zu Stande. Ein Antrag, die vorhandenen Gelder der Kassa für die Sparte zu zulegen, wurde der nächsten Versammlung zur Erledigung überwiesen. Schluß der Versammlung Nachts 12 1/2 Uhr.

**Berlin X** (Nöhrnstein) hielt am Sonntag, den 19. April, ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Lucalsabrechnung“, gab Kassierer Müller den Bericht, aus welchem hervorging, daß sich der Mitgliederbestand um das Doppelte vermehrt hat. Es wurde ihm Danksagung erteilt. Besonders lebhaft gestaltete sich die Diskussion betreffend des neuen Verbandsstatus, was schließlich zur einstimmigen Annahme folgender Resolution führte: „In Erwägung, daß es dem Verbandstag nicht erreichbar gewesen, eine baldige Verdimmlung der Berliner Filialen zu einer einzigen herbeizuführen, wird der Standpunkt dieser Delegierten, welche sich gegen die Verdimmlung gewandt, auf das Schärfste verurteilt. Die Versammelten erbliden in der Verdimmlung der Verdimmlung eine dem wahren Solidaritätsgefühl zuwider stehende Handlungsmethode. Dagegen spricht sie allen anderen Delegierten für ihr vernünftiges, brüderliches Eintreten ihren wärmsten Dank aus und hofft, mit deren Hilfe ein dem Geist der modernen Gewerkschaften entsprechendes Regulativ zu Stande zu bringen.“ Anschließend des Ausschusses des Kollegen Niedig aus dem Verbandsvorstand wurde seine aufopfernde Thätigkeit für die Filiale X in vollem Maße anerkannt und dadurch geehrt, daß sich die Anwesenden von den Klagen erhoben. An Stelle des bisherigen Kassierers Schivertant, welcher wegen Rückständigkeit ausgeschieden ist, wurde Kollege Nöhrnstein gewählt. Alsdann wurde der Arbeiter-Ausschuß beauftragt, bei der Direktion für folgende Wünsche einzutreten: 1. Der Arbeitsschluß möchte Sonnabends auf 5 Uhr frühzeitig werden. 2. Vergütung des durch Unwetter entstehenden Lohnausfalls. Die drei anwesenden Ausschussmitglieder erklärten sich hierzu bereit und wurde die Versammlung gegen 1 Uhr mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

**Harnberg.** Veranlaßt durch die Ablehnung der Forderungen der Gasarbeiter seitens der Direktion der Gaswerke, fand am Dienstag, den 28. April, eine äußerst zahlreich besuchte Protestversammlung in der städtischen Arbeiter in der „Kaiserkrone“ statt. Referent war Genosse Dassel. Er schilderte zunächst die Vorgänge, welche sich im Laufe der vorigen Woche auf dem Gaswerk abgepielt haben, um dann zu den Motiven überzugehen, von denen sich die Gasarbeiter bei ihrem Vorgehen leiten ließen. Hierbei erklärte der Redner, daß es einer solchen blutigen Ablehnung durch die Direktion nicht bedürft hätte, da die Arbeiter nicht aus blankem Uebermut, sondern getragen von der festen Ueberzeugung, daß sie das Arbeitsverhältnis der städtischen Betriebe sind, für bessere Arbeitsverhältnisse einzutreten haben. Wenn Herr Direktor Zerhart in der Festsetzung einer Frist, bis zu der die Gasarbeiter Antwort erwarten, eine Herausforderung erblickte, so war das keineswegs beabsichtigt. Der Herr Direktor wird wahrscheinlich das Versicherungswort mit Eingaben städtischer Arbeiter noch nicht kennen, somit würde er nicht entrüstet gewesen sein. Es scheint überhaupt bei diesen Vorgängen Herr Vinnert als unverantwortlicher Rathgeber seine Hand im Spiele gehabt zu haben. Sollte das eine Folge des zum großen Teil — durch das unqualifizierbare Vorgehen der Vorarbeiter — bereiteten Jubiläumsgedichtes sein? Die Vorarbeiter waren so frei, in einer Zusammenkunft über den Tagelohn der Gasarbeiter bis zu 40 pct. zu verfügen, um Herrn Vinnert zu seinem Jubiläum ein Geschenk zu machen, ohne die Arbeiter nur gefragt zu haben, was die Gasarbeiter nun veranlaßt, auch die freiwillige Gabe von 1 M. pro Arbeiter zurückzugeben. Gegen den Wunsch des Herrn Vinnert müßten die Gasarbeiter ganz entschieden protestieren; daß sie sog. „Kassentänder“ wären; denn auf nichts anderes läuft seine Rede hinaus. Es müßten dann im ganzen deutschen Reich die Gasarbeiter sich verbündet haben die Krankentafeln auszuwählen. Je nachdem zeitigende Reformen in den verschiedenen Gaswerken durchgeführt sind, hebt sich das finanzielle Wohlbefinden der Gasarbeiter und fallen sie den Krankentafeln weniger zur Last. Die Krankentafel des Verbandes der städtischen Arbeiter müßte zusammenbrechen, weil sich

gerade anormale Verhältnisse bei den Gasarbeitern herzustellen. Gerade die Nitrate, die viele Gasarbeiter als Mitglieder hatten, brachten hohe Zuschüsse von der Hauptkasse, wodurch der Zusammenbruch herbeigeführt wurde. Wenn sich im ganzen Reich bei den Gasarbeitern die Gesundheitsverhältnisse als so schlecht erwiesen, so muß das doch an der Arbeit und Arbeitsweise liegen und ist nicht auf Böswilligkeit der Arbeiter zurückzuführen. Man ist die Betriebsweise des hiesigen Gaswerks eine total veraltete und rüchthändige, das rächt sich an der Gesundheit der Gasarbeiter in der schlimmsten Weise. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn zwei der größten und leistungsfähigsten Krankenkassen in Nürnberg sich gegen die Belastung durch die Gasarbeiter wehren. Man sieht aber auch da wieder, wie Angehörige der bürgerlichen Klassen solchen sozialen Schäden den größten Nutzen gegenübersehen. Was liegt daran, wenn Hunderte von Gasarbeitern frühzeitig ins Gras beißen müßten zum Unglück ihrer Familie, wenn nur der heilige Profit, hier ein Ueberfluß von 8.000.000 M., für den Stadtbüchel erzielt wird? Das hiesige Gaswerk, das mag ja zugegeben werden, ist zu klein für unsere heutigen Bedürfnisse. Dafür können aber die Gasarbeiter nichts, wenn man im Rathaus nicht so wehrhaftig war, bei Zeiten ein neues Gaswerk zu bauen. Wenn nun, trotz der schlechten Arbeitsverhältnisse noch Ueberleben verlangt werden und die Arbeiter, um sich nur einigermaßen schadlos zu halten, 25 Pct. Zuschlag verlangen, so kann dies nur als eine sehr bescheidene Forderung bezeichnet werden. Zum Schluß schlug der Referent folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde: „Die heute, den 28. April, zahlreich versammelten städtischen Arbeiter erklären, daß die schroffe Ablehnung der minimalen Forderungen der Gasarbeiter durch nichts gerechtfertigt ist, da in verschiedenen Betrieben, wie Wasserwerk, Straßenreinigung und Elektrizitätswerk diese Forderungen erfüllt sind. Auch haben in verschiedenen Städten die Stadtverwaltungen in ihren städtischen Betrieben diese Forderung erfüllt und durchgehends wurden in der Privatindustrie bis auf einzelne Unternehmungen diese von den Unternehmern bewilligt. Die Verammlung erkennt in der Ueberstimmtheit der Eingabe „Forderungen“ keine Verletzung, da selbst Ingenieur Vinnerit am Tage vor der Einreichung der Eingabe die Gasarbeiter aufforderte, ruhig Ueberleben zu machen und ihre Forderungen einzurufen, also selbst den Arbeitern die Ueberstimmtheit in den Mund legte. Ebenso kann die Verammlung in der Verammlung einer Frist in der Eingabe, um baldmöglichst Antwort zu erhalten, eine Vorausforderung der Forderung nicht erblicken, da es den Gasarbeitern nur darum zu tun war, das in Nürnberg in städtischen Betrieben übliche „Verhältnis“ zu verhalten. Die Verammlung erhebt daher zuvörderst, daß die Forderungen der Gasarbeiter in zweckentsprechender Form dem Stadtmagistrat unterbreitet, denselben bestimmen mögen, sie zu erfüllen. Um so mehr, als nach und nach alle Krankenkassen dazu übergehen, den Gasarbeitern die Aufnahme zu verweigern, da die Arbeiten in Gaswerken sehr gesundheitsschädlich sind. Das Bureau wird beauftragt, in einer Eingabe dem Magistrat die Wünsche der Gasarbeiter zu unterbreiten.“ — Nach Annahme dieser Resolution schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die Organisation, in das die Verammlung begeistert einstimmte, die Verammlung.

**Zusatzartikel.** Die hiesige Nitrate befristete sich in ihrer am 23. April abgehaltenen Verammlung vorwiegend mit der dritten Generalversammlung und der ersten Gasarbeiter-Konferenz. Die Berichte hierüber wurden von den Delegierten Wichmann und Grünow gegeben. Beide ermahnten noch die Kollegen, mehr Agitation für den Verband zu treiben, damit die Verhältnisse auf den Berliner Gaswerken bald denen in Kopenhagen und sonstigen fortgeschrittenen Orten gleichen. In der Diskussion wandte sich Kollege Unglaube gegen die Paragrafen 9 und 13 des Statuts. Weitere Einwendungen gegen die Beschlüsse der Generalversammlung wurden nicht gemacht. Hiernach bewilligte man noch 50 M. zur Deckung der Unkosten bei den Reichstagswahlen.

**Stetit I.** Bericht der Generalversammlung vom 3. Mai d. J. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Monats-Versammlung und des Rassenberichts vom 1. Quartal d. J. wurde die Quartalsabrechnung richtig gesprochen und dem Kassier Decharge erteilt. Diefem folgte der Bericht des Delegierten Stern vom Verbandstag. Die Anwesenden erklärten sich mit dem Verhalten derselben auf dem Verbandstage einverstanden. Hiernach sprach sich Kollege Ziemann dahin aus, daß in letzter Zeit vielfach mehr Krankenkassenstützung gegeben worden sei wie Krankengeld, dem müsse aber entgegen gewirkt werden. Die Wahl eines Unterkassiers fiel auf Kollegen Gohrbandt. Im Weiteren wurde bestimmt, die Kontrollanten einzusetzen und am Dinstagsabende Morgens 5 1/2 Uhr einen Ausflug mit Damen zu machen. Dem Kollegen W. wurde dann eine einmalige Unterstüttung von 5 Mark bewilligt. Bezüglich der Durchführung der Kassier-tabelle einige Kollegen das Verhalten dreier Kollegen, die am selbigen Tage im Schiffsraum gearbeitet haben. Hiernach wurde noch über die General-Versammlung der Krankenkasse berichtet und dem Kollegen Stern für seine Bemühungen bei der Agitation sowohl wie beim Verbandstag vollste Anerkennung ausgesprochen. Für einen verriamten Arbeitstag bewilligte man ihm 3,40 M.

**Stetit II** (Gas- und Wasserwerke). In der am 2. Mai abgehaltenen Verammlung wurde zunächst der Rassenbericht vom 1. Quartal gegeben. Nach Abzug der Ausgaben, 8,25 M., und der an den Hauptvorstand zu sendenden Gelder, 4,25 M., verbleibt ein Rassenbestand von 16,50 M. Dem Kassier wurde über diese Periode Decharge erteilt. Hierauf schritt man zur Fest-

setzung der regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen. Beschlossen wurde, die nächste Verammlung am 26. Mai stattfinden zu lassen und dann abwechselnd alle 3 und 5 Wochen Dienstags Abends 7 1/2 Uhr bei Denuing zu tagen. Sodann referierte Kollege Stern über die Berliner Generalversammlung. Seine Ausführungen wurden mit regem Interesse und unter starkem Beifall entgegen genommen. Besonders begrüßt wurde die Einführung der Sterbeunterstützung. Hiernach ermahnte der Vorstand die Kollegen, sich mehr an den Versammlungen zu beteiligen und sich regelmäßig die Zeitung abzuholen. Auch wurden die Mitglieder noch ermahnt, ihre Bücher bis Ende des Quartals in Ordnung zu bringen, damit eine rechtzeitige und leichte Abrechnung ermöglicht werde.

## Aus den Gemeinden.

**Städtische Sozialpolitik in Berlin.** Unter dieser Spitzmarke bringt der „Vorwärts“ wieder einmal einige recht nette Illustrationen städtischer Arbeiterfürsorge. Er schreibt:

Die soziale Fürsorge der städtischen Verwaltung für die in den Betrieben der Stadt beschäftigten Arbeiter gerät doch recht oft ganz erheblich in die Brüche. So ist jetzt auf den Vielesägern eine Frage aktuell geworden, die sich ganz natürlich entwickelt hat, bei der man aber nicht recht weiß, wo ein noch aus. Es befinden sich da auf einzelnen Gassen, namentlich den älteren, eine Anzahl Gutsarme, d. h. alte städtische Arbeiter, die, weil arbeitsunfähig, ein schnelles (wegen der von der Stadt erhalten. Als sie noch arbeitsfähig waren, erhielten sie neben dem Lohn das sogenannte Deputat (freie Wohnung, Kartoffeln, Milch, Gartenland etc.). Das Deputat, namentlich freie Wohnung, ist ihnen jumeit geblieben. Aber auf diese Weise sind nun die für die tätigen Arbeiter vorgesehenen Wohnungen knapp geworden. Anstatt nun neue Wohnungen zu bauen, sinnt man darüber nach, wie man wohl die alten Leute aus dem Gutsbezirk abschieben könnte. Soweit es sich um Personen handelt, die auf Grund des neuen Statuts von 1901 ein Ruhegehalt beziehen, glaubt die Verwaltung sehr leicht in der Lage zu sein, dieselben aus dem Gutsbezirk auszuweisen, obwohl gerade die Festsetzung des Ruhegeldes auf Grund der im Gutsbezirk bestehenden Verhältnisse (Worth der Wohnungsmiete etc.) erfolgte, so daß diese Leute, wenn sie aus Tsdort, wo die Angelegenheit zur Zeit am brennendsten ist, abgehoben werden und nach dem benachbarten Groß Lichterfelde ziehen, ganz erheblich höhere Kosten für Wohnungsmiete aufwenden müssen. Wie man die übrigen aber, in Tsdort sind es zur Zeit ca. 17, die durch Gemeindebeschlüsse Anspruch auf freie Wohnung haben, los werden will, ist räthselhaft. Den Unterstüttungswohnstätten haben die Ersteren sowohl als auch die Letzteren im Gutsbezirk. Sollte es nun wirklich durch Ueberlegung gelingen, die Leute zu veranlassen, nach einem anderen Ort zu ziehen, so kann sehr leicht, ja es ist doch fast mit Sicherheit anzunehmen, der Fall eintreten, daß die Leute der öffentlichen Armenpflege anheimfallen. Daß es der Stadt Berlin nicht würdig wäre, wenn solche Zustände eintreten sollten, bedarf keiner Erläuterung.

Es muß übrigens einmal auch an dieser Stelle ausgesprochen werden, daß, wenn die in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter nicht zu ihrem Recht kommen, dies in diesen Fällen an der Gleichgültigkeit, wenn nicht gar Böswilligkeit der Herren Beamten liegt. So haben z. B. die Stadtverordneten-Versammlung und der Magistrat beschlossen, daß dem Arbeiter im Erkrankungsfalle in der Regel mindestens 6 Wochen die Differenz zwischen Krankengeld und Arbeitslohn ausbezahlt wird. Was haben nun die Herren Beamten aus diesem wohlmeinenden Beschluß gemacht?

In der Kanalfahrten-Deputation kam die Sache kürzlich zur Sprache. Hier nach überhanderner Krankheit nicht wieder in den Betrieb eintret, bekommt überhaupt nichts! Die Differenz wird nicht etwa jede Woche mit dem Krankengeld ausbezahlt, sondern erst, wenn die Krankheit überstanden ist. Daß der erkrankte Arbeiter das Geld während der Krankheit am notwendigsten, nämlich zur Wiederherstellung seiner Gesundheit braucht, dieser Gedanke scheint den Herren gar nicht zu kommen. Meldet sich der Arbeiter gesund und tritt er wieder in Arbeit, so erhält er die Differenz auch noch nicht etwa ohne Weiteres, sondern er muß erst ein Bittgesuch einreichen, dessen Bewilligung von der guten Führung des Arbeiters abhängig ist. Mit anderen Worten: Wer bei seinem Vorgesetzten nicht gut ange-schrieben ist, bekommt nichts. So wird die von den Gemeindegliedern beschlossene Wohlthat durch untergeordnete Organe für die Arbeiter zur Nichterfüllung gemacht! Daß die Differenz nicht allwöchentlich an die erkrankten Arbeiter ausbezahlt wird, wird von den Beamten auf betriebstechnische Gründe zurückgeführt. Ob die Herren Beamten sich dafür haben, wenn man ihnen ihr pränumerando zu zahlendes Gehalt während der Krankheit nicht auszahlen würde?

Unsere Genossen, welche in den einzelnen Verwaltungs-Deputationen sitzen, werden gut thun, ein waches Auge auf diese Dinge zu richten.“

**Urlaub für Bauheute.** Der Stadtrath von Reichensbach i. S. hat beschlossen, den Mitgliedern der Schutzmannschaft alljährlich einen Erholungsurlaub von je 10 Tagen zu gewähren. — Und die städtischen Arbeiter?

**Ter Mittwochentag** soll in der städtischen Gas-anstalt zu Königsberg eingeführt werden. Die bei der Gasproduktion beschäftigten Arbeiter werden nach der neuen Arbeitsordnung in drei achtstündigen Schichten beschäftigt werden, die übrigen Arbeiter arbeiten in einer zusammenhängenden Arbeits-schicht von 9 Stunden mit einer halbtägigen Pause. — Als vor-

einem Jahre die Arbeitervertreter in der Stadtverordneten-Versammlung zu Königsberg für die Strafenbühnen der Reumittwendtag forderten, geriet die Verammlung über solche Anträge ganz aus dem Häuschen, liegt wird die „Motte“ zur Wirklichkeit.

## Soziales.

**Eine Materialsammlung über die Handhabung des behördlichen Aufstörrechts gegen Krankenkassen** beabsichtigt die Redaktion der „Deutschen Krankenkassen Zeitung“ (Berlin C, Stralauerstraße 56), und erucht deshalb die Krankenkassen-Verwaltungen, ihr diesbezügliche Materialien zu überreichen.

**Die Arbeiter-Abstinente Deutschlands** hielten am 13. und 14. April ihre erste Konferenz in Bremen ab. Vertreten waren 14 Orte durch 20 Delegierte. Nachdem die Delegierten über den Stand der Abstinenzbewegung an den ihnen vertretenen Orten Bericht erstattet hatten, wurde die Frage der Gründung einer Zentral-Organisation beraten. Einstimmig wurde die Gründung einer Zentral-Organisation der abstinenten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands beschlossen und tritt dieselbe am 1. Mai 1903 in Kraft. Einen weiteren Beratungsgegenstand bildete die Stellung der Arbeiter-Abstinenzvereine in der Abstinenzbewegung. Seine Gründung fand dieser Gegenstand mit der Annahme folgender Resolution:

„Der am 13. April in Bremen begründete und am 1. Mai 1903 ins Leben tretende Deutsche Arbeiter-Abstinenzverband erblickt in dem Alkoholgenuß nicht nur eine Schädigung in der Entwicklung der einzelnen Individuen, sondern auch einen Hemmschuh in den Freiheits- und Kulturbestrebungen des gesamten Proletariats. Der Bund macht es sich zur Aufgabe, das Material, welches die internationale Wissenschaft und die praktische Erfahrung zu Tage fördern, zu sammeln, um es dann der gesamten Arbeiter-schaft Deutschlands zugänglich zu machen, damit diese durch die Befreiung vom Alkoholgenuß kampffähiger für den Klassenkampf wird und den Anforderungen unserer Zeit förderlich und geistig besser gewachsen ist, als dies durch den Alkoholgenuß bisher der Fall war.“

Nachdem die Statuten beraten und beschlossen waren, wurde der Punkt Agitation dahin erledigt, daß der vorgeschriebenen Zeit wegen die Frage der beiden und wirksamsten Agitation in dem Bundesorgan „Korrespondenz für die abstinenten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“ (Verlag von C. Roslowitz, Berlin N., Schillingenstraße 19) weiter diskutiert werden soll. Mit einem Hoch auf die abstinente Arbeiterbewegung wurde die Konferenz geschlossen.

Meldungen für die Mitgliedschaft zum Bunde sind bis auf Weiteres an M. Klawitter, Bremen, Danlastraße 250 zu richten.

**Ein Arbeitlosenversicherungsgesetz** ist, wie die „Leipziger Volkszeitung“ mitteilt, in Leipzig genehmigt worden. Der Verein soll sich zusammenschließen aus Mitgliedern, die sich zur Gewährung einer Garantie-löhne von mindestens 500 M. (Zustern) oder zu laufenden Jahresbeiträgen von mindestens 5 M. (Körbner) verpflichten, und aus Versicherern, die durch Zahlung verschiedener abgurtender Wochenrämien nach Ablauf einer gewissen Karenzzeit im Falle der Arbeitslosigkeit das Recht auf Gewährung zeitlich begrenzten Tagelohnes erwerben.

## Polizeiliches und Gerichtliches.

**Anteigentum und Koalitionsrecht in Vosen.** Der saarwärtische Holzarbeiter-Verband, des Vosen-Bezirks in Berlin, hatte Anfang Januar an den Minister des Innern eine Beschwerde gerichtet, worin er sich darüber beklagte, daß die Polizeiverwaltung von Kolmar in Vosen einem dortigen Unternehmer die Mitgliedschaft der in Kolmar anwesenden Zahlstelle des Holzarbeiter-Verbandes übermitteln habe. Dies wurde daraus geschlossen, daß jener Unternehmer, mit der Mitgliedschaft, die er nur von der Polizei erhalten haben konnte, in der Hand, sämtlichen Mitgliedern des Holzarbeiter-Verbandes kündigt für den Fall, daß sie nicht aus dem Verbands austreten. Mit Recht erblickte die Polizei in der Uebergabe der Mitgliedschaft an eine Privatperson seitens der Polizei einen Bruch der Amtsverschwiegenheit und eine Verletzung der Verbandsweite des Unternehmers, die sich als schwere Verletzung des Koalitionsrechts darstellt. Lange hat es gedauert, bis diese Beschwerde auf dem Instanzenwege ihre Erledigung fand. Jetzt kürzlich, also nach drei Monaten, beides der Vandrath von Kolmar, dem die Beschwerde vom Minister zur Entscheidung überwiesen ist, den Polizeiverwalter dahin, daß für den Bürgermeister kein Grund zur Amtsverschwiegenheit vorliegt, da die Zahlstelle in einer öffentlichen Verammlung begründet worden ist und der Gegenstand der Verammlung somit kein Geheimnis bildet!

In der That, ein Urteil, das man fast ein salomonisches nennen könnte, wenn es nicht in Vosen gefällt wäre. An dem Kernpunkt der Beschwerde geht der Entscheid vorbei. Nicht in der Mitteilung, daß eine Zahlstelle gegründet, sondern darin, daß die Mitgliedschaft, die amtlich zur Kenntnis der Polizei kam, einem Unternehmer zugänglich gemacht worden ist, wird die Verletzung des Amtsverschwiegenheits erblickt. Darüber sagt aber der Vandrath kein Wort. Studie hat sich jetzt beim Regierungspräsidenten beschwert und es wird abzuwarten sein, welche Antwort von dieser Stelle erteilt wird.